

Am Mittwoch, dem 29. Januar 19:00 Uhr fand im Vortragssaal des Museums für Natur und Umwelt eine Diskussionsveranstaltung zum Thema "Abrissmüll aus Atomkraftwerken nach Niemark - alles ungefährlich?" statt. Veranstalter war die Umweltgewerkschaft OG Lübeck.

Der durch den Abriss der Atomkraftwerke in Schleswig Holstein entstehende Bauschutt soll u.a. auf Deponie Lübeck-Niemark gelagert werden bzw. weiterverarbeitet werden.

Die Lübecker Ortsgruppe der Umweltgewerkschaft setzt sich schon seit Jahren gegen dieses Vorhaben ein. Es wurden 1111 Unterschriften von Bürgern aus Lübeck und dem Umland, die gegen die Deponierung des AKW-Bauschutts sind, der Lübecker Bürgerschaft übergeben. Die UG und auch andere Umweltorganisationen zweifeln die Unbedenklichkeit des AKW Bauschuttes an.

Die Lübecker Bürgerschaft wurde überzeugt die Deponierung des AKW -Bauschutts in Niemark abzulehnen.

Allerdings kann sich die Landesregierung 'per Zuweisung' jederzeit über diesen Beschluss hinwegsetzen.

Der AKW-Bauschutt der auf der Deponie gelagert werden soll ist „freigemessen“ das heißt, die Strahlung darf den Grenzwert von zehn Mikrosievert nicht überschreiten. Die Messung erfasst dabei nicht alle radioaktiven Isotope.

Mit der Strahlenschutznovelle wurde 2001 die Freigaberegulierung in Deutschland eingeführt. Diese ermöglicht Energiekonzernen ihre Atomkraftwerke nach Abriss zu 95-98 Prozent kostengünstig auf Mülldeponien und in Verbrennungsanlagen zu entsorgen oder für Straßen- und Gebäudebau zu recyceln. Dabei handelt es sich bei einem AKW um insgesamt 300.000 bis 500.000 Tonnen Material in Form von Beton, Metallen, Isoliermaterial, Elektroteile, Kunststoffen, Glas oder Werkzeugen. Juristisch wurde festgelegt, dass Material, das die Freigabegrenzwerte von 10 Mikrosievert nicht überschreitet, nicht als radioaktiv eingestuft wird, selbst wenn es strahlt. „Maßgebend sind nach dem Atomgesetz also nicht die Gesetzmäßigkeiten der Physik sondern die der Politik.

Ca. 55-60 Interessierte nahmen an der Veranstaltung teil. Aus Hamburg waren Magdalena und Hans dabei. Im ersten Teil des Abends präsentierten zwei Studentinnen der IPPNW die Risiken der Strahlenbelastung auf den menschlichen Organismus. Die Referenten gehören der Studierendengruppe des IPPNW (Ärzte gegen den Atomtod) an. Es ging um die Frage ob schwachradioaktive Stoffe wirklich ungefährlich sind. Weiterhin stellte sich die Frage, ob durch Abriss, Transport und Lagerung weitere radioaktive Stoffe freigesetzt werden. Untersucht wurde anhand von Studien die Belastung der Strahlung durch schwachradioaktive Stoffe und auch die Belastung unterhalb von 10 Mikrosievert. Das Ergebnis weltweiter Studien zeigt eine erhöhtes Risiko bei Krebserkrankungen und Herz Kreislaferkrankungen, bedingt durch die Kumulation zu der schon existierenden natürlichen radioaktiven Strahlung.

Im zweiten Teil des Abend präsentierte die UG Ortsgruppe Lübeck ihre Aktionen aus den letzten zwei Jahre und machte Vorschläge wie man mit dem Abbau der AKW umgehen sollte. Die dazu gehörende Präsentation wird auf der UG Lübeck Homepage verfügbar sein.

Anschließend gab es eine rege Diskussionsrunde über Alternativen zum AKW Abriß und den allgemeinen Konsens sich weiterhin aktiv gegen diese Politik zu wehren.

Fazit: Die Lübecker UG hat mit großem Einsatz ein wichtiges Etappenziel erreicht. Die Lübecker Bürger haben sich gegen die Lagerung des AKW Bauschuttes entschieden.